Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6, Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 72 | Montag, den 14. März | Jahrgang 1927

Saarkompromiß mit deutscher Zustimmung.

Errichtung einer internationalen Bahnschutztruppe. - Abzug der Franzosen aus dem Saargebiet.

Das Ergebnis der Ratstagung.

In Genf hat nach einer Feststellung Briands der Geist von Locarno wieder einmal gesiegt. Leider ist dieser Sieg aber nicht so ausgefallen, daß wir Anlaß hätten, uns darüber zu freuen. Gewiß kann man Genugtuung darüber empfinden, daß die oberschlesische Schulangelegenheit nunmehr ins Reine gebracht worden ist, sodaß der Einschulung in die deutschen Schulen Ostoberschlesiens von der polnischen Regierung voraussichtlich fortan keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden können. Aber die Regelung der Saarfragen, die in Genf unter Zustimmung Dr. Stresemanns gefunden worden ist, muß als wenig erfreulich bezeichnet werden.

Allerdings hat der deutsche Außenminister erreicht, daß das Bahnschutzkorps internationalen Charakter erhält, daß es nicht Frankreich, sondern der Regierungskommission unterstellt wird und die französischen Truppen innerhalb eines Vierteljahres das Saargebiet zu verlassen haben. Auch ist für die Entscheidung des Ministers maßgebend gewesen, daß die in Genf anwesenden Delegierten der politischen Parteien des Saarlandes dem Kompromiß zugestimmt haben. Aber die bedauerliche Tatsache kann doch nicht übersehen werden, daß der Vertreter Deutschlands einer Abweichung vom Versailler Vertrag in einem den deutschen Interessen ungünstigen Sinne zugestimmt hat. Es liegt uns fern, daraus Dr. Stresemann einen Vorwurf zu machen. Denn hätte er anders gehandelt, so würde wohl die Bahnschutztruppe nur aus französischen Mannschaften zusammengesetzt worden und auch der Beschluß des Völkerbundsrats, daß die französischen Bataillone in längstens drei Monaten von der Saar abzurücken haben, würde kaum zustande gekommen sein. So kann man immerhin sagen, daß der Reichsaußenminister aus einer Deutschland ungünstigen Situation einiges herauszuholen sich bemüht hat. Daß dies im Endeffekt etwas nicht Erfreuliches ist, daran trägt nicht Stresemann, sondern Briand die Schuld, dem Poincaré im Rücken sitzt und der sich außerdem der Unterstützung aller Ratsmitglieder mit einziger Ausnahme des deutschen Mitglieds erfreuen konnte.

Der Ausgang der Genfer Tagung ist des weiteren deshalb unerfreulich, weil Dr. Stresemann auch der Wiederwahl des Belgiers Lambert zum Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets zugestimmt hat, jenes Mannes, der die Frankreich ergebene Mehrheit in der Kommission garantiert. Er wird nun noch ein weiteres Jahr im Amte bleiben. Allerdings hat er dann keine Aussicht auf Verlängerung seiner Amtszeit mehr, da der Völkerbundsrat seine frühere Meinungsäußerung, daß die Zugehörigkeit zur Regierungskommission sich höchstens auf fünf Jahre erstrecken soll, auf Verlangen Dr Stresemanns zum Beschluß erhoben hat. Um diesen Beschluß durchzudrücken, hat offenbar der Reichsaußenminister in den sauren Apfel, genannt Lambert, gebissen.

Alles in allem hat der berühmte Geist von Locarno wieder einmal von Deutschland Opfer gefordert, die zu den Zugeständnissen der Gegenseite in keinem Verhältnis stehen, es sei denn, daß in den Verhandlungen der in Genf anwesenden Außenminister der Locarno-Mächte Vereinbarungen für die nahe Zukunft zustande gekommen wären, die für die deutsche Forderung der Räumung des Rheinlandes von positiver Bedeutung wären. Aber darüber ist bisher nichts bekannt geworden, und es besteht kein Anlaß, in dieser Hinsicht Erwartungen zu hegen. Man kann somit als Ergebnis der Ratstagung, soweit das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich in Frage kommt, bestenfalls nur feststellen, daß die allgemeine politische Lage nicht schlechter geworden ist, während eine Verschlechterung — und nicht nur im Verhältnis zu Frankreich — wohl eingetreten sein würde, wenn Dr Stresemann sich nicht zu den an sich nicht begrüßenswerten Zugeständnissen bereit gefunden hätte, die vielleicht sich im Laufe des Jahres noch als nützlich für Deutschland erweisen werden. Um dies zu hoffen, muß man allerdings schon mit viel Optimismus in die Zukunft schauen. Als einen Gewinn der Tagung für Deutschland kann man die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen verbuchen, wenn auch die strittigen Fragen, über die es zur Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen gekommen ist, noch keineswegs zu einer vertraglichen Vereinbarung gediehen sind.

Der Verlauf der Genfer Beratungen hat somit uns Deutschen von neuem deutlich vor Augen geführt, wie steinig der Weg der deutschen Außenpolitik ist. Dr. Stresemann aber darf man trotz des Bedauerns, daß der Locarno-Geist uns keine goldenen und nicht einmal rotwangige Aepfel auf den Tisch gelegt hat, das Zeugnis ausstellen, daß er auch dieses Mal das Reich in würdiger Weise in den internationalen Konferenzen vertreten hat. In seinem Rededuell mit Briand hat er sich als der geschickte und wortgewandte Redner gezeigt, als der er allgemein bekannt ist. Er hat als erster deutscher Staatsmann eine Tagung des Völkerbundsrates geleitet und so zum Abschluß gebracht, daß die Ratsmitglieder sich zum Schluß in dem Wunsch einig waren, sich fortan möglichst jedes Vierteljahr zu versammeln, um den Außenministern häufiger als bisher die Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Ohne Zweifel dienen diese Zusammenkünfte dem europäischen Frieden und der Verständigung der Völker. Hoffentlich erweisen sie sich auch bald der Erfüllung berechtigter deutscher Forderungen nützlicher als bisher.

★

Rededuell Briand-Stresemann.

)(Genf, 12. März.

Die Vormittagssitzung des Völkerbundsrates, in der zunächst die oberschlesische Schulangelegenheit durch einstimmige Annahme des von der Dreierkommission vorgeschlagenen Kompromisses erledigt und dann die Frage des Saarbahnschutzes begonnen wurde, endete (wir wir bereits im größeren Teil der Auflage unseres Blattes gemeldet haben) mit einer

Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann,

die eine sorgfältig formulierte Erklärung darstellte und darin gipfelte, dem Völkerbund die Aufnahme verschiedener Zusätze zu den vorliegenden, von Scialoja begründeten und von Stephens erörterten Vorschlägen nahe zu legen. Es handelt sich um folgende vier Punkte:

1. Abzug der Truppen zu einem festen in Genf bestimmten Termin.
2. Herabsetzung der Zahl der Bahnschutztruppen auf ein vernünftiges Maß von einigen Hundert Mann.
3. Festlegung des internationalen Charakters der zu schaffenden Sonderformation.
4. Festlegung der Bestimmung, daß die Bahnschutztruppen nur unter außerordentlichen Umständen Befugnisse gegenüber der Bevölkerung erhalten.

Der Reichsminister begründete diese Erfordernisse in wirksamer Form damit, daß die Bahnschutztruppe im Versailler Vertrag nicht vorgesehen sei und deshalb gegenüber ihrer Schaffung ein Rechtsvorbehalt zu machen sei. Die deutsche Regierung würde jedoch diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, um prinzipielle Grundsätze zum Austrag bringen zu lassen und sich mit dem Kompromiß abfinden, wenn den vorerwähnten Forderungen Rechnung getragen werden könnte. Der Reichsminister, der sich gegen jede Vertagung der Frage ausgesprochen hatte, richtete in seinem Exposé, das den deutschen Standpunkt zu den einzelnen Fragen des Näheren begründete, an den Völkerbundsrat die Bitte, den Bericht und seine Einwände vielleicht im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Fragen hinreichend geklärt sind, ob nicht vielmehr ein Mißverhältnis zwischen der vorgesehenen Zahl der Schutztruppen und dem von Scialoja selbst unterstrichenen Bedürfnis nach Erleichterung der Wohnungsfrage bestehe. Dr. Stresemann wies dann weiter auf die scharfe Unterscheidung hin, die der Versailler Vertrag selbst für besetztes Gebiet, das einer interalliierten Behörde untersteht, und für das Sargebiet, das dem Völkerbund mit seinen 56 Mitgliedern untersteht, macht: „Der Völkerbund besteht aus Nationen, die nicht nur unsere ehemaligen Kriegsgegner umfassen". Er wolle jedoch keinen fixierten Antrag stellen, wie auch der Bericht Scialojas das nicht getan habe, während der Präsident der Regierungskommission lediglich die Prüfung des Vorschlages empfohlen habe. Er schlug deshalb als Diskussionsbasis die oben erwähnten vier Punkte vor, die er dieses Mal im Gegensatz zu seinen übrigen in deutscher Sprache gemachten Ausführungen in französischer Sprache formuliert verlas und schloß mit dem Hinweis darauf, daß er sich auch bei diesen Vorschlägen in einer schwierigen Situation befinde und keinen Instruktionen seiner Regierung, sondern nur seinem Gewissen folge, ebenso wie das in der oberschlesischen Schulfrage geschehen sei.

Ihm seien praktische Lösungen wichtiger als theoretische Bedenken, wie er sie im gegenwärtigen Fall gegenüber der Schaffung des Bahnschutzes selbst, für den der Versailler Vertrag keine Rechtsbasis abgibt, zurückgestellt habe. Er appellierte dann an das allseitige Interesse, das für die Schaffung einer Grundlage zu einer einmütigen Erklärung des Rats bestehe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde nach der Uebersetzung der Ausführungen des Reichsministers in die englische und französische Sprache auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt.

In dieser Sitzung ergriff als erster Redner

der französische Außenminister Briand

das Wort zu einer Erklärung, in der er grundsätzlich die Stellungnahme der französischen Regierung kennzeichnete. Briand lehnte in längeren Ausführungen die Vorschläge der deutschen Regierung ab und beantragte, den ursprünglichen Bericht der Saarregierung mit der Einführung des internationalen Bahnschutzkorps in der vorgesehenen Höhe von 800 Mann vom Völkerbundsrat anzunehmen. Gleich zu Anfang erklärte Briand, er müsse die von Dr. Stresemann vorgebrachten Einzelheiten über Bedeutung und die Folgen der von der Saarregierung vorgeschlagenen Regelung mit einer gewissen Reserve aufnehmen. Er könne die juristischen Thesen Dr Stresemanns nicht akzeptieren. Zweifellos stehe der Völkerbundsrat gegenwärtig vor einer schwierigen Lage, doch habe der im Laufe der letzten Jahre, in denen er Frankreich im Völkerbundsrat vertreten habe, bereits mehrfach vor derartigen schwierigen Situationen gestanden, in denen es bisher stets möglich gewesen sei, eine Lösung zu finden. Der Völkerbundsrat stehe heute vor der Entscheidung, ob er den Vorschlag der Saarregierung über die Neuregelung der Verhältnisse im Saargebiet ablehnen oder annehmen wolle. Er, für seine Person, könne das von Dr. Stresemann gestellte Vertrauen in die Gendarmerie, der allein nach dem Vorschlag der deutschen Regierung der Schutz der Eisenbahnlinien übertragen werden sollte, nicht teilen. Er sei der Ansicht, daß ein Gendarmeriekorps allein diese Aufgabe nicht werde leisten können. Die Saarregierung stehe vor der sehr schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, insgesamt 400 Kilometer Bahnlinien, 166 Bahnhöfe und 239 Weichenstellen zu überwachen. Zur Lösung dieser Aufgabe sei ein Bahnschutzkorps von 800 Mann gerade ausreichend. Sollten aus irgendwelchen Ursachen Schwierigkeiten im Sargebiet entstehen und die Eisenbahnverbindungen gestört oder verhindert werden, so würde ein Bahnschutzkorps von 800 Mann ausreichen, um in kürzester Frist eine Wiederherstellung der gestörten Eisenbahnlinien durchzuführen. In diesem Falle müßten alle persönlichen Wünsche zurückgestellt werden und allein das Allgemeininteresse für die Entscheidung maßgebend sein. Er trete daher im Namen der französischen Regierung für die Annahme des Vorschlages der Saarregierung ein. Briand beschäftigte sich sodann mit den von Dr Stresemann heute vormittag formulierten vier Forderungen, die er im einzelnen ablehnte. Er wies ferner auf Berichte der saarländischen Presse hin, die die einwandfreie Haltung der französischen Truppen im Saargebiet anerkannt hätten. Sollten in Zukunft Schwierigkeiten im Saargebiet entstehen und das internationale Eisenbahnschutzkorps nicht ausreichen, so falle die Verantwortung hierfür auf die Saarregierung. Man müsse die schwere Lage berücksichtigen, in der sich die Saarregierung befinden werde, falls ihr nicht die erforderlichen militärischen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt würden. Als Vertreter der französischen Regierung trage er mit die Verantwortung, daß alle notwendigen militärischen Kräfte der Saarregierung zur Verfügung gestellt würden. Briand betonte zum Schluß, er sehe keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Vorschlag der Saarregierung und dem von Dr Stresemann heute vormittag formulierten Forderungen. Die Saarregierung habe selbst in ihrem Bericht die Aufgaben des Eisenbahnschutzkorps als auf ein spezielles Gebiet beschränkt bezeichnet. Ferner werde das Eisenbahnschutzkorps zweifellos individuell zusammengesetzt werden und nicht, wie von deutscher Seite geltend gemacht werde, einen einseitig orientierten Charakter tragen. Er sehe daher keinerlei Notwendigkeit, eine grundsätzliche Aenderung im Bericht der Saarregierung vorzunehmen und er schlage dem Völkerbundsrat demnach die Annahme des Berichtes der Saarregierung vor.

Während die bisherigen Erklärungen von beiden Seiten im wesentlichen vorher formuliert waren, erwiderte nunmehr

Dr. Stresemann

in freier Rede in etwas stärkerer Betonung, indem er die These Briands von der mehr väterlichen, für den Ernstfall nicht genügenden Autorität der Gendarmerie außerordentlich wirksam widerlegte. Im entmilitarisierten Gebiet des Rheinlands, so hob der Minister hervor, habe man Deutschland keinerlei anderes Instrument zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Autorität gelassen als eben solche Gendarmen. Dabei handele es sich um dichtbevölkerte und mit Fabriken, Verkehrseinrichtungen usw. übersäte Gebietsteile. „Ich bitte den von mir so sehr verehrten Herrn Briand," so appellierte Dr. Stresemann direkt an seinen Nachbarn, „von dieser Autorität, mit der wir im besetzten Gebiet auskommen müssen und auskommen, doch auch etwas der Gendarmerie an der Saar zugestehen zu wollen. In der Welt ist jetzt eine Bewegung im Gange für die Stärkung der Autorität der Regierungen gegenüber der Autorität der Völker. Aber ich hatte bisher nicht den von mir so sehr verehrten Herrn Briand an der Spitze dieser Bewegung gesehen." Auch die Kritik an der Autorität sei notwendig. Durch Briands Worte habe es doch wie ein Vorwurf durchgeklungen: wenn ihr etwas an diesem Bericht ändert, so stört ihr die Autorität der Saarregierung. Das sei nicht der Sinn der Autorität. „Gerade von Ihnen, Herr Briand, hat vorhin das Volk an der Saar das Zeugnis ausgestellt bekommen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen den Truppen und der Bevölkerung besteht. Nun, das väterliche Verhältnis zwischen Gendarm und Bevölkerung ist vielleicht nichts anderes als ein Zeichen des guten Sinnes dieser ganzen Bevölkerung, und deshalb ist auch vor allem die Zustimmung dieser Bevölkerung zu dem Ergebnis unserer hiesigen Beratungen erwünscht. Deutschland wünscht jedenfalls in gutem Einvernehmen nach Kräften beizutragen." Anbezug auf Briand wünsche, eine juristische Diskussion zu vermeiden. Wenn Deutschland darauf verzichte, seine juristische Auffassung zu vertreten, so bitte er, das als ein starkes Opfer anzuerkennen, als einen Beweis dafür, daß Deutschland lebhaft wünsche, zu dem Einvernehmen beizutragen. Anbezug auf die Einzelfragen lägen die Dinge keineswegs schwierig. Für die Beschaffung einer neutralen Gendarmerie gebe es nahe gelegene neutrale Mächte. Die Festsetzung des Termins für die Zurückziehung der französischen Truppen sei ein berechtigter Wunsch. Wenn Briand erkläre, daß wir nicht so weit auseinander seien, dann müsse sich auch ein Weg finden lassen, um dem Rechnung zu tragen, wie das nicht ohne Beispiel in der Geschichte des Völkerbundsrates sei. Der Minister appellierte an den Rat und zugleich an die Mitwirkung des Präsidenten der Saar-Regierungskommission zu dem Zweck, die Saarfrage und die verschiedenen in Zusammenhang mit ihr immer wieder aufgerollten Fragen endlich von der Tagesordnung des Rats verschwinden zu lassen. „Die stärkste Autorität einer Regierung," so schloß Dr. Stresemann, „ist das Vertrauen der Bevölkerung."

Nach Dr. Stresemann machte

Chamberlain

längere Ausführungen, in denen er von dem Eindruck ausging, daß nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen es doch kaum noch wahrscheinlich sei, daß man nicht doch zu einer Verständigung kommen sollte. In der Praxis seien die Differenzen, so erklärte Chamberlain, nur noch minimal. Er wünsche nicht, mit den vertraglichen Verpflichtungen zu kollidieren, habe aber mit Hilfe von Gutachten festgestellt, daß die Vorschläge der Regierungskommission sich im Rahmen der gegebenen Rechtsverhältnisse halten. Von den vier deutschen Forderungen seien zwei schon befriedigend gelöst. Das sei immerhin für Dr. Stresemann kein schlechtes Gepäck für Berlin. Gegen die internationale Zusammensetzung der Gendarmerie sprächen Budgetgesichtspunkte, ferner die Notwendigkeit der militärischen Disziplin, die mangels regelmäßiger Beschäftigung des Bahnschutzes gefährdet sei. Er appelliere ganz besonders an Dr. Stresemann, auf seiner diesbezüglichen Forderung nicht zu bestehen. Hinsichtlich der Zahl halte er weniger als 800 Mann auch für genügend. Aber da so viel von der verantwortlichen Stelle verlangt worden sei, so befürworte er diese Zahl. Die Verantwortlichkeit des Rates halte er allerdings nicht für so groß wie Briand. Genugtuung sei für Deutschland gesichert erstens inbezug auf den Rückzug der französischen Truppen, zweitens inbezug auf die Befugnisse des Bahnschutzes.

Scialoja

führte mit sehr leichter Hand eine weitere Annäherung des beiderseitigen Standpunktes herbei, indem er den Vorschlag machte, den Präsidenten Stephens nochmals zu den in seiner Gegenwart erörterten Wünschen und Anregungen zu hören.

Stephens

gab darauf in außerordentlich eindrucksvoller und spürbar von hohem Verantwortungsgefühl getragener Form eine Erklärung ab, die das Problem von der Bedeutung eines räumlich kleinen Zwischenfalls zu derjenigen der Völkerbundsaufgaben und Prinzipien auf breiterem Plan erhob. Er erklärte, daß die Zahl von 800, die für den Bahnschutz vorgeschlagen sei, selbst eine mühselige Kompromißzahl sei, für die andere Regierungsmitglieder mehr als die Hälfte ihrer Zahlen hätten nachlassen müssen, während er selbst allerdings eine geringere Zahl vertreten habe, die nach seiner Auffassung immer noch die volle Sicherheit gewährleisten würde. Ohne Einvernehmen mit den übrigen Regierungsmitgliedern sei ihm also eine Reduktion für den Augenblick unmöglich. Er zweifle aber nicht, daß man den Ergebnissen der heutigen Debatte Rechnung tragen würde und beantragte, unter Festsetzung von 800 als Maximalziffer, die Entscheidung über die praktisch notwendige Zahl der Regierungskommission zu überlassen. Sowohl bezüglich der Internationalität wie bezüglich der Uniformierung habe man sich in Saarbrücken nicht festgelegt. Man habe jedoch durchgebildete, gediente Soldaten ins Auge gefaßt, die teilweise aus dem besetzten Gebiet genommen werden sollten, und ein besonderes Abzeichen, um kenntlich zu machen, daß sie mit dem regulären Ordnungsdienst nichts zu tun haben.

Vandervelde

berührte die Frage der personellen Zusammensetzung der Saar-Regierungskommission unter Berücksichtigung des

Alarm gegen Stresemann.

Von unserer Berliner Redaktion.

☒ Berlin, 13. März (Drahtb.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die übrigen Herren der deutschen Abordnung sind heute abend 6 Uhr von Genf nach Berlin abgereist. Am Montag tritt das Ratskomitee für Abrüstungsfragen zusammen, in dem sämtliche Mitgliedsstaaten des Völkerbundsrates sowie auch die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika vertreten sind. Der deutsche Vertreter ist Graf Bernstorff.

Der linksstehende „Montag-Morgen" glaubt mit Sicherheit erwarten zu dürfen, daß die Deutschnationalen versuchen würden, die Verantwortung für das in Genf von Dr. Stresemann abgeschlossene Kompromiß über die Saarfrage von sich abzuwälzen. Darüber hinaus würden aber die deutschnationalen Gegner Stresemanns auch diesmal die Gelegenheit zu einem neuen Versuch benutzen, Stresemann zu stürzen. Die „Deutsche Zeitung" hat bereits am Sonntag früh den Rücktritt Stresemanns von der Leitung der deutschen Außenpolitik als „das allergeringste, was gefordert werden muß" bezeichnet. In ähnlicher Weise, nur mit geringerer Abschwächung, hat auch das Organ Hugenbergs, der „Berliner Lokalanzeiger", gegen Dr. Stresemann Stellung genommen. Dem oppositionellen Flügel der Deutschnationalen gegen den Reichsaußenminister kommt vor allem zustatten, daß Dr Stresemann in Genf ausdrücklich erklärt hat, er übernehme die Verantwortung für das Kompromiß ohne vorherige Zustimmung des Kabinetts. Wie der „Montag-Morgen" weiter erfahren haben will, haben die Völkischen die Absicht, schon bei nächster Gelegenheit ein Mißtrauensvotum gegen Dr Stresemann wegen der Vorgänge in Genf einzubringen. Da vermutlich auch ein Teil der Deutschnationalen einem solchen Mißtrauensvotum zustimmen werden, so sei die Möglichkeit einer neuen Regierungskrise nicht von der Hand zu weisen.

Es erscheint uns gegenüber diesen Alarmnachrichten angebracht, Ruhe zu bewahren und kühl und gelassen der weiteren Entwicklung entgegen zu sehen. Der Posaunenstoß über einen angeblich beabsichtigten Sturz Dr. Stresemanns ist reichlich verfrüht. Vorerst gilt es abzuwarten, wie sich Dr. Stresemann vor dem Reichskabinett, dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages und vor dem Forum des Reichstagsplenums „rechtfertigen" wird. Dann wird manches vielleicht in anderem Lichte erscheinen, als es sich jetzt bei einigen Politikern, die fern von der Genfer Schußweite weilten, noch darstellt.

★

Dr. Stresemann bei Masaryk.

© Genf, 13. März. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstattete vor seiner Abreise von Genf dem gegenwärtig inkognito hier weilenden Präsidenten der tschechoslowakischen Republik Masaryk einen Besuch ab.

Die nächste Ratstagung ist auf Montag, den 13. Juni, festgesetzt worden. Ueber den Ort der Tagung ist eine Vereinbarung noch nicht getroffen.

Umstandes, daß Deutschland Völkerbunds- und Völkerbundsratsmitglied geworden sei.

Hierauf machte

Dr. Stresemann

den Vorschlag, auf Grund des Diskussionsergebnisses und der an ihn herangetragenen Wünsche und Anregungen einen Zusatz zu dem Bericht der Regierungskommission durch Scialoja formulieren zu lassen, der folgende drei Punkte enthalten soll:

1. Feststellung einer Höchstfrist von drei Monaten für den endgültigen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet.

2. Inanspruchnahme der neuen Organisation unter alleiniger Autorität der Regierungskommission und nur in besonderen Fällen.

3. Belassung der Entscheidung über die notwendige Ziffer des Bahnschutzes bei der Regierungskommission mit einer Begrenzung auf 800 Mann als Höchstzahl, wobei sich der Völkerbundsrat mit der endgültigen Ziffer, die nach den Darlegungen Stephens innerhalb der Regierungskommission im Sinne einer möglichen Herabsetzung um einige hundert Mann gefunden werden dürfte, nicht mehr zu befassen haben wird.

Dr. Stresemann erklärte hierzu, er glaube, daß er unter den erwähnten Voraussetzungen als Vertreter Deutschlands seine Zustimmung zu dem hier vorliegenden Vorschlag würde abgeben können, wenn er auch auf das Tiefste bedauere, daß eine Frage unerledigt bleibe, auf die er vielleicht weniger im Interesse Deutschlands als in demjenigen des Völkerbundes Gewicht gelegt habe; denn ob es für Deutschland besser oder schlechter sei, wenn Truppen aus englischen, französischen oder anderen Kontingenten entnommen oder international rekrutiert würden, könne auch dahingestellt bleiben. „Was mich veranlaßte", so führte der Reichsminister aus, „Gewicht auf diese Frage zu legen, ist, daß der Völkerbund seine Universalität auch in diesem Zusammenhang hätte zum Ausdruck bringen können, aber für mich entscheidet hier auch der Gesichtspunkt, daß die erste Abstimmung im Rate unter deutscher Präsidentschaft in nicht personellen Fragen jetzt zu erfolgen hat, und daß ich es vermeiden möchte, daß sie nicht mit Einstimmigkeit erfolgen kann."

Briand

gab seine Zustimmung zu den letzten Vorschlägen Dr. Stresemanns, indem er auf die vielfältig mißbräuchliche Benutzung des Schlagwortes Locarno verwies, das vorliegende Beispiel aber als eine Konsequenz des Wertes von Locarno in das Zeichen dieses „magischen Wortes" stellte.

Hierauf wurde der

Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets mit folgenden von Scialoja formulierten Zusätzen einstimmig angenommen:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission, datiert vom 18. 2. 1927, bezüglich der Frage der Transport- und Transit-Freiheit auf den Eisenbahnen des Saargebiets. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten verwirklicht, und infolgedessen wird die im Saargebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnausschuß ebenso wie die Bahnschutztruppe wird unter den Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur unter außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angegeben ist, stellt die Maximalziffer dar. Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

Damit war diese Angelegenheit erledigt. Aus dem weiteren Verlauf der öffentlichen Sitzung des Rates ist noch zu erwähnen, daß die Frage der deutschen Flugzeuglisten vertagt wurde. Vor Abschluß verlas Dr. Stresemann noch eine schriftliche Erklärung der polnischen Regierung, wonach es wünschenswert sei, neben den bereits ernannten fünf polnischen Mitgliedern der Weltwirtschaftskonferenz auch der Freien Stadt Danzig eine Vertretung zu gewähren. Diese hatte sich dem Schritte angeschlossen und den Präsidenten der Danziger Handelskammer Wilhelm Klawitter und Professor Ludwig Nos in Vorschlag gebracht. Der Rat gab seine Zustimmung.

Nach einigen Schlußworten Dr. Stresemanns und einem Dank an den zum italienischen Botschafter in Rio de Janeiro ernannten Untergeneralsekretär Attolico, dem sich Chamberlain mit einigen Dankesworten an das Sekretariat und den Generalsekretär anschloß, wurde die Ratssitzung kurz nach 7 Uhr geschlossen.

*

Wiederwahl der Saarregierungskommission.

Genf, 12. März.

Der Völkerbundsrat hat vor Abschluß der gegenwärtigen Tagung in einer nichtöffentlichen Sitzung die Mandate der Mitglieder der Saar-Regierungskommission, mit Ausnahme des Präsidenten Stephens, um ein weiteres Jahr erneuert. Gleichzeitig wurde der derzeitige Präsident Stephens um vorläufige Weiterführung der Präsidentschaft der Regierungskommission gebeten. Stephens hat dieser Bitte vorläufig zugestimmt. Reichsminister Dr. Stresemann sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß eine neutrale Mehrheit der Regierungskommission geschaffen werden möge. Dieser Wunsch, den der Rat zur Kenntnis nahm, wurde von dem belgischen Minister des Aeußeren Vandervelde ausdrücklich gebilligt. Schließlich wurde beschlossen, daß künftig kein Mitglied der Saar-Regierungskommission länger als fünf Jahre amtieren soll.

Schließlich wurde auf Antrag Chamberlains der Generalsekretär Sir Eric Drummond beauftragt, die Frage zu prüfen, ob es mit Rücksicht auf die mehr und mehr steigende Wichtigkeit der Aufgaben des Rates und darauf, daß die Minister des Aeußern mehr und mehr auf persönliche Teilnahme Wert legen, nicht vorzuziehen wäre, daß der Völkerbundsrat jährlich drei statt vier Tagungen abhält.

Pariser Blätterstimmen zu Genf.

Paris, 13. März. Während die Regierungspresse Befriedigung darüber zum Ausdruck bringt, daß Briand Deutschland gestern in der Saarfrage gewisse Konzessionen gemacht hat, sodaß eine Majorisierung des deutschen Delegierten nicht nötig war, greift die Rechtspresse Briand an und benutzt diese Gelegenheit, seine Entspannungspolitik zu bekämpfen. Gaulois ruft aus: Wieder ein Kompromiß, das ist die typische den Genfer Diplomaten genehme Lösung. Durch Schlaue hat Stresemann schließlich gegen nichtssagende Zugeständnisse einige Gewinne erzielt. „Figaro" schreibt: Stresemann hat dadurch, daß er der vorgeschlagenen Lösung seine Zustimmung gab, einen gewissen guten Willen bewiesen. Er bringt aber das Versprechen mit nach Hause, daß die französischen Truppen bald das Saargebiet verlassen werden und hat vor der Oeffentlichkeit mit Aufsehen erregender Erklärung die Frage der demnächstigen vollkommenen Räumung des Rheinlandes aufgeworfen.

Wie wird das Geld für Neubauten beschafft?

Der seit langem erwartete Erlaß über die Formen, unter denen die Geldbeschaffung für die Neubauten im Bauwirtschaftsjahr 1927 stattfinden soll, ist unter dem 5. März von den preußischen Ministern des Innern, der Finanzen und der Volkswohlfahrt veröffentlicht worden. Er läuft darauf hinaus, daß zur Vergrößerung des Wohnungsbauprogramms die Hauszinssteuerhypotheken in ihrer Höhe vermindert werden; dafür wird gestattet, daß für höhere erste Hypotheken, die durch Bürgschaft gesichert werden können, Zinszuschüsse gegeben werden. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen hier folgen:

Auf Antrag von Kreisen und Gemeinden kann vom Regierungspräsidenten (für Berlin vom Oberpräsidenten, für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk von Verbandspräsidenten), für den Bereich der betreffenden Gemeinde allgemein zugelassen werden, daß neben den Rückflüssen aus den bereits verausgabten Hauszinssteuerhypotheken auch ein Teil der im Jahre 1927 aus der Hauszinssteuer aufkommenden gemeindlichen Wohnungsbaumittel zur Sicherung von Bürgschaften und zur Gewährung von Zinszuschüssen Verwendung findet.

Der Betrag der für die vorgenannten Zwecke — neben den gemeindlichen Rückflüssen aus den bereits verausgabten Hauszinssteuerhypotheken — verwendet werden kann, darf für Zinszuschüsse 6 v. H. und für Bürgschaftssicherungen 4 v. H. der gemeindlichen Wohnungsbaumittel aus dem Hauszinssteueraufkommen des Rechnungsjahres 1927 nicht überschreiten.

Zinszuschüsse dürfen aus dem dafür freigegebenen Teil der laufenden Mittel des Jahres 1927 nur gewährt werden für Hypotheken des freien Kapitalmarktes, die die normale Beleihungsgrenze übersteigen, d. h. unter den augenblicklichen Verhältnissen für Hypotheken, die den Wert von im allgemeinen 40 v. H. der heutigen Herstellungskosten des Wohnungsbaues einschließlich des Wertes des Grund und Bodens überschreiten. Die obere Beleihungsgrenze für diese Hypotheken wird im allgemeinen bei 60 v. H. der heutigen Herstellungskosten des Wohnungsbaues einschließlich des Wertes des Grund und Bodens zu liegen haben.

Der Zinszuschuß kann entweder an den Bauherrn für ein von ihm auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommenes Darlehen unmittelbar gezahlt oder dadurch geleistet werden, daß aus einer von der Gemeinde aufgenommenen Wohnungsbauanleihe das Darlehen entsprechend verbilligt gegeben wird. Der Zinssatz für das über die normale Beleihungsgrenze hinausgehende Darlehen soll für den Fall der Gewährung von Zinszuschüssen aus Hauszinssteuermitteln nicht höher sein als derjenige für die innerhalb dieser Beleihungsgrenze gewährte Hypothek. Eine weitere Voraussetzung für die Bewilligung des Zinszuschusses ist, daß der für den betr. Wohnungsneubau nach den bisher maßgebenden Grundsätzen als Hauszinssteuerhypothek zu gewährende Betrag um die Summe gekürzt wird, die vom freien Kapitalmarkt über die normale Beleihungsgrenze hinaus gewährt wird.

Der Zinszuschuß kann im allgemeinen bis zur Dauer von fünf Jahren zugestanden werden, allerdings unter der Bedingung, daß eine Kürzung des Zuschusses erfolgt, sobald und soweit sich aus der veränderten Gesamtlage — etwaige Erhöhung der Altmieten, Sinken des Zinsfußes für die auf dem freien Geldmarkt aufgenommenen Darlehen — für den neuen Wohnungsbau Mieten ergeben, welche die Mieten für entsprechende Altwohnungen nicht erheblich überschreiten. Der Zinszuschuß soll in der Regel in einer Höhe gewährt werden, daß die laufende Geldverpflichtung für das vom freien Kapitalmarkt über die normale Beleihungsgrenze hinaus bewilligte Darlehen die Belastung nicht übersteigt die bei Gewährung einer gleich hohen Hauszinssteuerhypothek eintreten würde.

Soweit die Geldgeber Darlehen über die normale Beleihungsgrenze hinaus zu gewähren nur in der Lage sind gegen Uebernahme einer entsprechenden Bürgschaft durch Dritte, soll den Gemeinden und Gemeindeverbänden, welche die Bürgschaft zu übernehmen bereit sind, die Möglichkeit gegeben sein, sich gegen etwaige Ausfälle durch Anlage sogenannter Bürgschaftssicherungsfonds zu schützen. Soweit zurzeit zu übersehen ist, würde hierfür — sofern es sich, was im allgemeinen der Fall sein wird, um die Verbürgung eines Betrages handelt, der der Regel nach zwischen 40 und 60 v. H. der heutigen Herstellungskosten einschließlich des Bodenwertes liegt — die Vereithaltung eines Betrages ausreichend sein, der 6 bis 7 v. H. der verbürgten Summe gleichkommt.

Die Beträge der Bürgschaftssicherungsfonds sind der Regel nach in Kommunalobligationen, Pfandbriefen oder sonstigen Schuldverschreibungen privater oder öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute, die die Finanzierung des Wohnungsbaues betreiben, oder bei den öffentlichen Sparkassen anzulegen.

Ueber die für die Gewährung von Zinszuschüssen zugelassenen Anteile hinaus dürfen laufende Hauszinssteuermittel und Rückflüsse aus bereits verausgabten Hauszinssteuerhypotheken zur Verzinsung und Tilgung von Wohnungsbauanleihen nicht in Anspruch genommen werden.

„Echo de Paris" führt aus, französischerseits hat man im Völkerbundsrat gegen die deutscherseits vorgebrachten Forderungen Widerstand geleistet. Man muß sich fragen, ob Stresemann dadurch, daß er aus seiner relativ maßvollen Haltung hinsichtlich des Saarkompromisses und hinsichtlich der verschiedenen mit Polen schwebenden Fragen Nutzen zieht, in der Lage sein wird, mit noch größerem Nachdruck als man annimmt die Anwendung des Artikels 431 zu fordern. Welche Haltung hat übrigens hierbei Chamberlain eingenommen? Die vagen Versicherungen, die Briand in dieser Hinsicht an die Presse verschwendet hat, können nicht die Zweifel beheben. Der französische Außenminister wendet wundervoll die billige Kunst der Regierung an, aber wenn er in Genf diesmal wieder erklärt, daß die Räumung des Rheinlandes ernstlich nicht erörtert worden ist, während Stresemann die längeren privaten Verhandlungen erwähnt hat, deren Gegenstand diese Frage bildete, dann spielt Briand in ziemlich mittelmäßiger Weise mit Worten.

*

Chamberlain und Zaleski befriedigt.

Paris, 13. März. Heute vormittag kurz nach 9 Uhr trafen der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Zaleski, von Genf kommend, in Paris ein. Beide erklärten Pariser Pressevertretern, sie seien mit der Genfer Tagung und ihren glücklichen Ergebnissen, insbesondere in der ziemlich heiklen Saarfrage zufrieden. Nach einem kurzen Aufenthalt auf der englischen Botschaft setzte Chamberlain seine Reise nach England fort. Der polnische Außenminister wird einige Tage in Paris verweilen.

Wohnungsbau und Mietsteigerung.

Deutscher Reichstag.

× Berlin, 12. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Carsten (Soz.) die Beratung seines Antrages auf Erhöhung der Invalidenrenten. Heute hätten die bürgerlichen Parteien wieder im Ausschuß erklärt, die Verhandlungen mit der Regierung seien noch nicht abgeschlossen. Dieses Spiel mache die Sozialdemokratie nicht mehr mit.

Reichsarbeitsminister Brauns wiederholt seine gestrige Erklärung, daß die Regierung die Renten erhöhen und einen Teil der Kosten übernehmen wolle. Die Einzelheiten der Regierungsvorschläge habe der Vertreter des Arbeitsministeriums heute im Ausschuß mitgeteilt. Die neue Gesamtleistung bei Durchführung dieser Vorschläge würde 120 Millionen im Jahr betragen. Davon würde das Reich den dritten Teil wenigstens vom nächsten Jahr an zu tragen haben. Für dieses Jahr ständen andere Quellen zur Verfügung. Wenn die Angelegenheit im Ausschuß noch nicht erledigt werden konnte, so liege das an der Ueberlastung mit einer Menge schwieriger Fragen, die gleichzeitig brennend geworden seien: Außenpolitik, Finanzausgleich, Arbeitszeit usw. Dazu kommen noch, daß der Finanzminister ganz neu in seinem Amte sei. Es liegt der Regierung fern, mit der Not der Arbeitsinvaliden zu spielen. Die Beratung im Plenum könne aber noch keinen Nutzen bringen. Die Anträge bedeuteten eine Mehrausgabe von 700 Millionen, da sei eine Vorberatung im Ausschuß nötig.

Infolge Widerspruches können die Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Beim Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen" bekämpft

Abg. Pfülf (Dem.) die Wohnungspolitik des preußischen Wohlfahrtsministers. Der Redner polemisiert gegen die Mietserhöhung und erklärt: Wir werden nicht mitmachen, was die Lebenshaltung der ärmeren Klassen weiter belastet.

Abg. Hüttmann (Soz.) beantragt: „Die Friedensmiete darf bis 1. März 1928 nicht überschritten werden!" Ferner verlangt er, die Regierung solle ihre Verordnung über Erhöhung der Mieten zurückziehen. Die preußische Verordnung, die die gewerblichen Räume freigibt, müsse zurückgezogen werden.

Abg. Path (Dn.) bittet, namens des Ausschusses die Anträge zur Aenderung der Mietsgesetzgebung abzulehnen. Statt dessen solle man in das Mieterschutzgesetz eine Bestimmung einfügen, die Geldstrafe oder Gefängnisstrafe androht für die Forderung, Annahme oder Versprechung einer Miete für von der Zwangswirtschaft befreite Räume, sofern diese Miete den von der Landesregierung festgesetzten Hundertsatz übersteigt.

Abg. Winnefeld (Dv.) erklärt, der Mieterschutz komme auch wirtschaftlich starken Mietern zu gute, während zahlreiche Hausbesitzer bittere Not litten. Zur Unterstützung leistungsschwacher Mieter müsse ein Teil der Hauszinssteuer verwendet werden. Baugenossenschaften dürfen nicht anders behandelt werden als jeder Private.

Ministerialdirektor Conze (Preußen) äußert Bedenken gegen den Ausschußantrag, mit Geldstrafe oder Gefängnis den zu bedrohen, der einen Mietzins sich zahlen oder versprechen läßt, oder einen von der Landesbehörde festzusetzenden Prozentsatz der Friedensmiete übersteigt. Es sei unmöglich, daß ein solcher Prozentsatz festgesetzt werde, der für alle Verhältnisse im ganzen Lande gelten solle, und ein solcher Höchstsatz für die Miete würde geradezu einen Anreiz bieten, immer bis zu diesem Höchstsatz die Miete zu steigern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt fest, daß sich alle Parteien einig seien in den Grundsätzen: Beseitigung der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, Senkung der Baukosten. Darüber hinaus sei aber die Beteiligung des Privatkapitals und Ausgleichung der Neu- und Altmieten notwendig. Härten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Rosig werde die Lage der Mieter nicht sein, aber die Zeit für eine Mietssteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahr. Die Löhne wiesen eine steigende Tendenz auf (Widerspruch bei den Kommunisten.) Die Freigabe der gewerblichen Räume sei nichts Neues, sei aber auch Sache der Länder. Der Arbeitsminister könne also die preußische Verordnung nicht aufheben. Das Ministerium werde aber die Anrufung von Schiedsstellen vorschreiben.

Abg. Krüger (Soz.) beantragt 8 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt, daß die Mieten bis 31. März 1928 nicht gesteigert werden dürfen.

Abg. Tremmel (Z.) berechnet an Hand von Beispielen, daß private Bautätigkeit immer noch die doppelte Friedensmiete ergeben müsse, solange die Kreditverhältnisse sich nicht bessern. Ohne öffentliche Bauzuschüsse komme man also vorläufig nicht aus. Auch die Zwangswirtschaft könne daher noch nicht aufgehoben werden. Eine allmähliche Mietsteigerung sei jedoch unvermeidlich, so schwer erträglich sie auch für die ärmere Bevölkerung sei. Es wäre besser gewesen, wenn man die Mieten schneller den Verhältnissen angepaßt, die Erhöhung aber zum Wohnungsbau verwendet hätte. Wucher mit gewerblichen Räumen müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Der Redner beantragt Schiedsstellen und Strafbestimmungen zu diesem Zweck.

Abg. Dr. Jörissen (W. Vgg.) erklärt, der Hausbesitzer bekomme heute nur 20—30 Prozent der Miete. Er stimme einem neu eingebrachten Antrag der Regierungsparteien zu, der nur Richtlinien für die Bekämpfung des Wuchers mit gewerblichen Räumen aufgestellt sehen will.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) hält die Zahlen der Wohnungsuchenden, die von der Linken genannt werden, für weit übertrieben.

Nach weiterer Debatte, die nichts Wesentliches mehr ergibt, wird der Rest des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Abänderungsanträge im wesentlichen nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Auf Antrag Hoch (Soz.), Erfing (Z.) werden 500 000 ℳ für Zinszuschüsse zu ersten Hypotheken für Wohnbauten im besetzten oder besetzt gewesenen Gebiet neu eingestellt.

Auf Antrag des Ausschusses sollen für eine Siedlerberatungsstelle 50 000 Mark ausgeworfen werden.

Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, der acht Millionen für Kriegsbeschädigten-Wohnungen fordert.

Einige Titel des Etats werden zurückgestellt, eine Anzahl Anträge dem Sozialpolitischen bezw. dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Angenommen wird ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien, der Richtlinien der Reichsregierung zur Bekämpfung des Mietwuchers für gewerbliche Räume vorsieht. Sämtliche Anträge zum Mieterschutz werden auf Vorschlag des Wohnungsausschusses abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr: Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Schluß 7,30 Uhr.

Der Volkstrauertag in Berlin.

+ Berlin, 13. März. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Die Gedenkfeier im Reichstag anläßlich des Volkstrauertages nahm einen sehr eindrucksvollen Verlauf. Die Stätte der Kundgebung zeigte einen stimmungsvollen Schmuck. In Logen des Reichspräsidenten von Hindenburg nahmen die Chefs der Heeres- und Marineleitung sowie der preußische Ministerpräsident Platz. Das Reichskabinett saß unten im Saal auf der Regierungsbank. „Reiters Morgenlied", die wehmütige, alte Soldatenweise, leitete die Feier ein. Die Ansprache hielt der Präsident des Volksbundes für deutsche Kriegergräberfürsorge Karl Siems. Ueber die Gräber der zwei Millionen, die draußen in allen Landen der Welt ruhen, sei der graue Alltag mit seiner bitteren Not und das schlimme Erleben des verlorenen Krieges gegangen. Manchmal scheint es, als ob die Treue gefährdet sei. Die Toten aber dürfen nicht vergessen werden. Ein Tag im Jahre müsse ihnen gehören und der Dank für das, was sie uns waren. Aus ihrem Andenken sollten wir Kraft schöpfen. Darum soll der Volkstrauertag in der Passionszeit liegen, in dieser ernsten Zeit, die doch schon ein Ahnen des kommenden Frühlings in sich trägt. Der Redner sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Volkstrauertag, den man als den Versöhnungstag des ganzen deutschen Volkes bezeichnen könne, nun bald zum gesetzlichen Feiertag werde. Mit dem Spiel des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden", einem Schlußwort des Präsidenten Siems und dem gemeinsamen Gesang der ersten Strophe des Deutschlandliedes schloß die ernste Feier, die bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterließ.

Auf dem Platze vor dem Reichstagsgebäude schritt der Reichspräsident, der beim Erscheinen wiederum mit brausenden Hoch- und Hurrarufen begrüßt wurde, die Front der Ehrenkompagnie ab, worauf er mit Staatssekretär Meißner sich im Kraftwagen in sein Palais zurückbegab.

Das Urteil im Disziplinarverfahren gegen Kölling-Hoffmann.

† Berlin, 13. März. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Disziplinarsenat in Naumburg in dem Disziplinarverfahren gegen Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann nach mehrtägiger Verhandlung gegen Kölling auf einen Verweis erkannt und gegen Hoffmann auf Versetzung in ein anderes Richteramt von gleichem Range sowie eine Geldstrafe von 200 Reichsmark. Die Amtssuspension gegen Hoffmann ist aufrechterhalten worden.

Unfall des Staatssekretärs v. Kühlmann.

V Berlin, 13. März. Der frühere Staatssekretär v. Kühlmann hat, als er gestern mittag um 1 Uhr die Straße Unter den Linden an der Ecke der Wilhelmstraße überschreiten wollte, einen schweren Unfall erlitten. Er wurde von einem Motorradfahrer von hinten erfaßt und im Boden auf die Straße geschleudert, wo er bewußtlos liegen blieb; der Motorradfahrer stürzte mit seiner Maschine gleichfalls. Herr v. Kühlmann wurde mit einem Schädelbruch in die Universitätsklinik in der Ziegelstraße gebracht. Gegen Abend hatte er für kurze Zeit das Bewußtsein wiedererlangt. Sein Zustand wurde als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnet. Der Führer des Rades trug einen Bruch des Nasenbeins davon. Auf Anfrage wurde erklärt, daß sich das Befinden von Herrn v. Kühlmann im Laufe des heutigen Tages etwas gebessert hat. Er hat das Bewußtsein wieder erlangt.

Die Schlacht am Yangtse.

Erfolge der Kantonesen.

× London, 13. März. Die große Schlacht am Yangtse hat den Südtruppen bereits einen großen Erfolg gebracht. Nach den neuesten Berichten aus Schanghai erwartet man dort, daß Nanking spätestens in drei Tagen im Besitze der Kantoner Truppen sein wird. Die Kantoneser Truppen sind bis auf 30 Meilen gegen Nanking vorgedrungen. Marschall Sun befindet sich noch in Nanking. Die dortigen Behörden versuchen, soviel Geld als irgend möglich von ihm zu erhalten. Die meisten seiner Offiziere sollen sich für den Uebergang zu den Kantoneser Truppen vorbereiten. Man erwartet, daß Tschangtschungschang, entgegen seinem bisherigen Plan, keinen ernsthaften Versuch machen wird, die Provinz Kiangsu, in der Schanghai liegt, zu verteidigen. Dagegen scheint er Schanghai solange als möglich halten zu wollen. Aber auch dieser Wunsch soll mehr von seiner Absicht getragen sein, in der Zwischenzeit seine Kasse aufzufüllen.

Von Nah und Fern.

Festnahme des dritten Dahlemer Banderolendiebes.

× Berliner, 13. März. In einer Gastwirtschaft in der Prinzenallee wurde heute mittag der dritte der Dahlemer Banderolendiebe von Polizeibeamten verhaftet. Es handelt sich um einen aus Schlesien gebürtigen Karl Spang, der im vorigen Oktober aus dem Zuchthaus in Brandenburg-Havel, wo er wegen eines Geldschrankeinbruchs saß, entwichen ist. Spang, der die Flucht aus dem Strafgefängnis zugibt, leugnet die Beteiligung an dem Dahlemer Diebstahl. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß er aus dem Anteil der Dahlemer Beute in der letzten Zeit seinen Unterhalt bestritten hat.

Mordtat eines Irren.

⊠ Frankfurt a. M., 13. März. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag spielte sich hier eine schwere Bluttat ab. Der Kellner Kuhn, verheiratet, Vater von zwei Kindern, feierte dem 34jährigen Weißbinder Englert vor der Türe auf, als dieser um 11 Uhr abends in seine Wohnung heimkehrte, und gab auf ihn aus einem Revolver mehrere Schüsse ab. Englert wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb. Auf den Lärm hin eilte der Bäcker Ganser herbei, auf den Kuhn ebenfalls schoß und den er an der Hand erheblich verletzte. Passanten nahmen den Täter fest. Kuhn hat anscheinend infolge einer Verwirrtheitstrübung gehandelt. Er war erst vor kurzer Zeit aus einer Heilanstalt entlassen worden.

Energie aus Sonnenstrahlen?

△ London, 13. März. Wie aus Moskau berichtet wird, hat Professor Weinberg in Leningrad ein Instrument erfunden, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Sonnenstrahlen in Energie umzuwandeln. Mit dem Instrument soll bereits eine Kraft von 100 PS. erzeugt worden sein (!)

Schneesturm in der Mandschurei.

+ Mukden, 13. März. Durch einen Schneesturm, wie er an Stärke seit 40 Jahren nicht vorgekommen ist, wurden alle Verbindungen unterbrochen.

Verbrecherschlacht im Chicagoer Zuchthaus.

× Chicago, 12. März. Aus dem hiesigen Gefängnis machten heute sechs zum Tode verurteilte Mörder einen Ausbruchsversuch. Drei wurden nach längerem Kampfe von der Polizei überwältigt, die drei anderen, die Mexikaner sind, entkamen; von den sie verfolgenden Polizisten wurden zwei verwundet.

72. Westfälischer Provinziallandtag.

Die Eröffnungsrede des Oberpräsidenten. – Der Landeshauptmann über den Etat.

Zwei Sitzungen.

= Münster, 13. März.

Der 72. Westfälische Provinziallandtag ist am heutigen Sonntag, nachmittags 2 Uhr, durch den Oberpräsidenten Gronowski mit einer Ansprache eröffnet worden, die knapp und wirkungsvoll war und am Schluß allseitig mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Nach der offiziellen Eröffnung des Landtages bestieg das 79jährige älteste Mitglied des Provinziallandtages, Abg Herold, behende das Rednerpult, um nach kurzer Begrüßung das Präsidium zu bilden. Durch Zuruf wurde das frühere Präsidium (Oberbürgermeister Hamm, Recklinghausen (Ztr.), als erster Präsident, Abg. Rauschenberg (Soz.) als Vizepräsident) wiedergewählt. Präsident Hamm widmete in seiner Antrittsrede den durch Tod ausgeschiedenen früheren Mitgliedern Mehlich, Schoenkaes und Dr. Gotthardt einen warmen Nachruf.

Um 3 Uhr begann dann Landeshauptmann Dieckmann in einer zweiten Sitzung seine Etatsrede, die Fünfviertelstunden in Anspruch nahm. Nach Schluß der Sitzung traten noch einige Fraktionen zu Beratungen zusammen. Der Montag ist freigehalten für Ausschuß- und Fraktionssitzungen, am Dienstag morgen beginnt die nächste Vollsitzung und damit die Beratung des Haushalts und der zahlreich eingegangenen Anträge. Die Zentrumsfraktion hat schon den ganzen Sonnabend auf die Beratung einzelner Anträge verwendet und dafür ein Stück Arbeit vorweg genommen.

*

Sitzungsbericht.

+ Münster, 13. März.

Nachdem die Abgeordneten um 12 Uhr mittags an einer von der Stadt Münster anläßlich des Volkstrauertages veranstalteten, würdig und eindrucksvoll verlaufenen Gedenkfeier teilgenommen hatten, fanden sie sich um 2 Uhr im Sitzungssaal des Landeshauses ein, wo

Oberpräsident Gronowski

den 72. Westfälischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache eröffnete:

„Meine Damen und Herren! Ihre Tagung beginnt heute mit dem ernsten Gedenken an alle, die im Weltkrieg dem deutschen Volk und der deutschen Heimat ihr Leben geopfert haben. Das lebende und werdende Geschlecht soll in Ehren denken an diese Opfer, deren Größe allein dasteht, solange es eine Geschichte der Menschheit gibt. Dieses Gedenken darf nie der Vergangenheit angehören. Eine würdige Ehrung besteht nicht allein in äußerer Kundgebung, vielmehr in der Förderung und Vertiefung der vaterländischen Gesinnung, in dem Bestreben, unser staatsbürgerliches und öffentliches Leben zu befreien von den häßlichen Schlacken, die ihm noch vielfach anhaften, und in der Veredelung der deutschen Volksseele! So wollen wir die Taten und den deutschen Namen ehren!

Meine Damen und Herren! Von der Staatsregierung sind keine Vorlagen eingegangen, und deshalb wird ihre diesjährige Aufgabe vorwiegend darin bestehen, den Haushaltsplan vom Rechnungsjahr 1927/28 zu verabschieden. Nach Ausscheidung der durchlaufenden Posten ist eine tatsächliche Ausgabe von rund 60 Millionen Reichsmark zu genehmigen. Der größte Anteil hiervon – 43,6 Millionen – entfallen auf die Wohlfahrtspflege. Es ist das eine bedeutende Summe, aber es muß auch anerkannt werden, daß die Wohlfahrtspflege der Provinz Westfalen mit an der Spitze in Deutschland steht. Aber auch andere Gebiete, wie Verkehrswesen, Landeskultur, Milderung der Hochwasserschäden und Förderung der Wissenschaft sind stets mit regem Wohlwollen von der Provinzialverwaltung behandelt worden. Ein solches Wohlwollen galt auch dem der westfälischen Wilhelmsuniversität. Der verarmte Preußenstaat baute unter den größten finanziellen Hemmnissen die medizinischen Kliniken auf seinem Grund und Boden mit einem in Goldmark umgerechneten Werte von 6,8 Millionen. Die Provinzialverwaltung und die Stadt Münster haben hierzu je 5000 Mk. beigesteuert, und für die in Angriff genommene Nervenklinik, deren Grundstein am 25. Februar gelegt wurde, und die etwa 2,5 Millionen Reichsmark kosten wird, hat die Provinz gleichfalls einen Zuschuß von 150 000 Reichsmark gegeben. Der laufende Staatszuschuß für die Universität Münster beträgt für das Rechnungsjahr 1927/28 2 850 550 Reichsmark ohne die außerordentlichen Zuwendungen, deren Höhe heute noch nicht genannt werden kann. In der Erkenntnis, daß die Preußische Staatsregierung ganz ungewöhnliche große Opfer für die Westfälische Wilhelmsuniversität gebracht, und in der Erkenntnis der Bedeutung, die die Angliederung einer technischen Fakultät in die Universität gerade für die Provinz Westfalen haben würde, beantragt der Provinzial-Ausschuß bei Ihnen, meine Damen und Herren, dem Staat für diesen Zweck eine Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Münster folgt diesem guten Beispiel und gibt hierfür 1½ Millionen Reichsmark und das Baugelände. Mit einem Zuschuß der Industrie von mindestens ¼ Million Reichsmark darf gerechnet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß trotz dieser dankenswerten Zuwendungen der preußische Staat auch für die technische Fakultät den größten Teil der einmaligen Ausgabe und die laufenden ganz wird tragen müssen. Die beiden Städte Münster und Dortmund haben den Streit um den Besitz der technischen Fakultät beendet, und geschlossen tritt nunmehr ganz Westfalen für Münster ein.

Meine Damen und Herren! Bei der Jahrhundertfeier im vorigen Jahre konnte ich auf das verabschiedete Eingemeindungsgesetz vom 26. Februar 1926 und die neuen Stadt- und Gemeindegrenzen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet verweisen. Das nicht ganz einfache Auseinandersetzungsverfahren ist zwar noch nicht beendet, geht aber seinem Ende entgegen. Dabei ist es in der großen Mehrzahl der Fälle gelungen, eine Verständigung der Beteiligten über die Auseinandersetzung herbeizuführen. Hierin soll aber für keinen westfälischen Oberbürgermeister ein Ansreiz liegen, seine bekannten oder geheimen Eingemeindungswünsche zu erneuern oder zu vergrößern. Die bei der Ausführung des Gesetzes gemachten Erfahrungen haben die Bedenken vermehrt, ob es richtig war, einen Teil der durch die Umgemeindung erwachsenen Lasten gänzlich unbeteiligte Gemeinden oder Gemeindeverbände und ihre Pensionskasse tragen zu lassen. Die Staatsregierung hat den Provinzialausschuß um ein Gutachten über die Eingemeindung von Horst nach Gladbeck oder Buer gebeten. Morgen wird der Ausschuß Stellung nehmen. Alle weiteren Eingemeindungspläne befinden sich zur Zeit noch in dem geheimnisvollen Zustande der Erwägungen. Alles jedoch, was in Zukunft auf dem Gebiet der Eingemeindungsfragen beschlossen wird, muß getragen sein von dem Bestreben, der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land einen guten Dienst zu erweisen.

Am 30. März 1922 wurde im Reichs- und Staatsanzeiger der Entwurf der Städte- und Landgemeindeordnung zur öffentlichen Besprechung gestellt. Von der Städteordnung redet heute wohl kaum ein Mensch, dagegen sind Bestrebungen im Gange, die Landgemeindeordnung durch den Preußischen Landtag zu verabschieden. Ich spreche den Wunsch aus, daß der Preußische Landtag die Landgemeindeordnung sorgfältig prüfen und ohne jede Ueberstürzung uns ein Gesetz geben möge, das den Grundsätzen einer vernünftigen Demokratie Rechnung trägt. Die altbewährte Amtsverfassung muß aber der Provinz Westfalen erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren! Mit der gegenwärtigen Tagung beginnt das zweite Jahrhundert des Westfälischen Provinziallandtages. Die Höhe und Tiefe deutscher Geschichte hat Westfalen wohl mehr als ein anderes Land gesehen und durchlebt. Auch das vergangene Jahrhundert ist ein Blatt in der westfälischen Geschichte, reich an Leid und Kreuz, aber auch groß an Heimatliebe und Treue. Wir wollen in Eintracht und Selbstachtung zu Beginn dieses für Sie meine Damen und Herren, bedeutungsvollen Zeitabschnittes arbeiten und opfern für Vaterland und Heimat! Mit diesem Wunsche eröffne ich den 72. Westfälischen Provinziallandtag."

Die Rede des Oberpräsidenten fand die lebhafte Zustimmung des Kollegiums.

Oberpräsident Gronowski sagte dann: Herr Abgeordneter Herold, Sie vollenden am 20. Juli dieses Jahres Ihr 79. Lebensjahr. Demnach sind Sie das älteste Mitglied dieser Versammlung. Ich bitte Sie, das Präsidium zu übernehmen und die Geschäfte zu führen, bis das ordentliche Präsidium gewählt ist.

Abg. Herold (Ztr.): Als ältestes Mitglied übernehme ich die Eröffnung der eben begonnenen diesjährigen Tagung des Provinziallandtages und heiße die Herren Kollegen aufs herzlichste willkommen. Ich verbinde damit den Wunsch, daß die diesjährigen Beratungen sich zum Wohle und Segen der gesamten Provinz und des Vaterlandes auswirken mögen. Zunächst berufe ich gemäß unserer Geschäftsordnung zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Dr. Freiherr von Solemacher und Haverkamp. Wir haben alsdann den ersten Vorsitzenden zu wählen.

Abg. Windthorst (Z.): Ich beantrage, die Wahl des Vorsitzenden des Provinziallandtags durch Zuruf vorzunehmen und schlage Abgeordneten Oberbürgermeister Hamm vor.

Abg. Herold: Es ist vorgeschlagen, zum Vorsitzenden durch Zuruf zu wählen den Abgeordneten Oberbürgermeister Hamm. Die Wahl ist zulässig, wenn kein Widerspruch erhoben wird. Da nicht widersprochen wird, ist

Abg. Hamm zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Abg. Hamm (Ztr.) nimmt die Wahl an und übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten:

„Mit dem Ausdruck des Dankes an unsern verehrten Herrn Alterspräsidenten übernehme ich den Vorsitz und fühle mich in diesem Augenblick genötigt, als der von Ihnen gewählte Vertrauensmann den Dank an den Herrn Oberpräsidenten zu vermitteln für die auch im vergangenen Jahre den Sitzungen des Provinzialausschusses entgegengebrachte warme Anteilnahme, eine Anteilnahme die gegründet ist nicht nur auf die rein behördliche Stellungnahme zu unseren Vorlagen, sondern auf das warme Herz, das ihm als langjährigem Stadtverordneten und Abgeordneten aus Westfalen in allen westfälischen Angelegenheiten stets zu Gebote stand und das ihn Anteil nehmen ließ an der Förderung einer ganzen Reihe von Vorlagen. Vielleicht darf ich damit verbinden den Dank für die Tätigkeit des Landeshauptmanns im vergangenen Jahre und für den Provinzialausschuß, der in so hervorragender Weise die Geschäfte geführt hat.

Aus der großen Vorlage, die für das Geschick Westfalens von besonderer Bedeutung sein wird, der Einrichtung der technischen Fakultät an der Universität Münster, werden Sie entnommen haben, daß wir in Westfalen voranschreiten und daß die Provinz bei der Festigung ihres kulturellen Lebens auf die Unterstützung aller Kreise auch in der neuen Zeit rechnen kann, die berufen sind, mitzuwirken. Einstimmig sind die schwerwiegenden Beschlüsse gefaßt. Möge diese Einigkeit eine gute Vorbedeutung sein für den großen Erfolg, den wir nicht nur für die Universität Münster, sondern für ganz Westfalen und darüber hinaus mit der neuen technischen Fakultät erhoffen. Dem früheren verehrten Rektor der Universität, unserm Kollegen, unsern Dank auszusprechen für seine Mitwirkung ist uns Herzensbedürfnis.

Es sind diesmal vorwiegend Verwaltungsaufgaben, die uns beschäftigen. Verwaltungsaufgaben aufgebaut auf der Basis der Selbstverwaltung, die vom Freiherrn von Stein ihren Ausgang genommen hat und bewußt von ihm aufgebaut worden ist auf Grund westfälischer, uralter Einrichtungen. Die Eingabe der Amtmänner an den 72. Westfälischen Provinziallandtag dürfte hier einer ganz besonderen Sachkunde begegnen und eine besonders warme Anteilnahme für sich in Anspruch nehmen. Denn es ist nun mal gerade die Selbstverwaltung berufen, die Demokratie weiterzubringen durch die Anteilnahme des Volkes. Und bei den vielen schweren Kämpfen, denen die Selbstverwaltung entgegengeht, können wir als Selbstverwaltungskörper nicht daran vorbeigehen, daß die Selbstverwaltung in der Vergangenheit das festeste Fundament unseres Staatswesens gewesen ist und es auch in Zukunft bleiben muß wie bisher. Wenn wir trotz der verschiedenen Ansichten zusammenwirken wie bisher, so bin ich davon überzeugt, daß wir die Angelegenheiten Westfalens und des Volkes, die uns anvertraut sind, auch im neuen Provinziallandtag zu einem guten Ende führen werden.

Ich darf dann wohl in der Geschäftsordnung fortfahren. Wir kommen zur Bildung des Präsidiums, zunächst zur Wahl des zweiten Vorsitzenden.

Abg. Windthorst: Ich beantrage, die Wahl des zweiten Vorsitzenden durch Zuruf vorzunehmen und schlage vor Wohlfahrtsamtsdirektor Rauschenberg.

Abg. Rauschenberg wird durch Zuruf gewählt und nimmt die Wahl an.

Zu Schriftführern werden ebenfalls durch Zuruf gewählt die Abgeordneten Freiherr von Solemacher (Ztr.), Haverkamp (Soz.), Klümpen (V.) und Münch (Komm.).

Präsident Hamm:

„Ich habe nun eine schmerzliche Pflicht zu erfüllen (das Kollegium erhebt sich von den Sitzen). Am 19. August 1926 fiel der Abgeordnete Mehlich, Reichs- und Staatskommissar, Mitglied des Staatsrats, einem furchtbaren Verbrechen, welches ein Eisenbahnunglück zur Folge hatte, zum Opfer. Er war ein Mann, der eine ganz besondere Bedeutung gewonnen hat hier im Leben der Provinz und auch insbesondere im wirtschaftlichen Leben. Als ich aus dem Felde heimkehrte und in meiner Stadt die Bäckergesellen streiken wollten, war er es, an den wir uns um Hilfe wandten. Er kam zu uns, appellierte als Mensch an das Herz der Menschen und hatte Erfolg. Mehlich hat es verstanden, das Neue, dem er und seine Parteifreunde zustreben, zu verbinden mit dem Alten, das erhalten bleiben muß, und der Wirtschaft zu geben, was der Wirtschaft ist, und dem Volke, was des Volkes ist. Seine außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit wird uns allen unvergessen bleiben.

Des weiteren haben wir die schmerzliche Pflicht, des Abg. Schönkaes zu gedenken, der am 14. Oktober 1926 verschied. Er war stellvertretendes Mitglied im Staatsrat nachdem er nach dem Kriege im Preußischen Landtag mitgewirkt hatte. Er war der Vertrauensmann seiner Berufsgenossen, der Landwirte. In seinem schönen Münchener Bezirk, wo er als Ehrenamtmann tätig war, hatte er das Vertrauen der weitesten Kreise derartig für sich gewonnen, daß sein Ausscheiden eine tiefe Lücke gerissen hat.

Am 27. Januar 1927 verschied der Abgeordnete Dr. Gotthardt, der seit 1921 Mitglied des Provinziallandtags war, ein Mann, der sich durch eine außerordentliche Gelehrsamkeit auf den verschiedensten Gebieten auszeichnete. Er hatte ein warmes Herz für die Nöte des Volkes und wußte auch hier die Dinge unseres westfälischen Volkes zu fördern. Ihnen allen ist ein dankbares Andenken gewiß. Wir werden ihren Namen in Ehren halten."

Präsident Hamm machte dann verschiedene geschäftliche Mitteilungen. U. a. gab er bekannt, daß der Montag für Ausschuß- und Fraktionssitzungen freigehalten werden und am Dienstag vormittag um 10 Uhr in einer Vollsitzung mit der Beratung des Haushaltsplans begonnen werden soll.

Kurz nach ¼3 Uhr schloß Präsident Hamm die Sitzung und beraumte für 3 Uhr eine zweite Sitzung an mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung: Etatsrede des Landeshauptmanns.

★

Um 3 Uhr trat der Provinziallandtag zu der zweiten Sitzung zusammen. Präsident Hamm gab gleich nach der Eröffnung das Wort dem

Landeshauptmann Dieckmann,

der über den Etat die folgenden Ausführungen machte:

„Der Haushaltsplan des vergangenen Jahres zeigte das Gepräge einer furchtbaren Wirtschaftskrisis, wie sie die Provinz in diesem Ausmaße bisher noch nicht gekannt hat. Heute dürfen wir sagen, daß die Wirtschaftskrisis zwar noch nicht völlig überwunden ist, daß aber das vergangene Jahr doch eine entschiedene

Wendung zum Besseren

gebracht hat. Das beste Barometer für die gesamte Wirtschaftslage der Provinz ist die Lage ihrer Hauptindustriezweige: der Kohlen- und Eisenindustrie. Als der Provinziallandtag im vergangenen Jahre zusammentrat, litten beide Industrien unter einer schweren

Absatzkrise im In- und Ausland.

Als Folgeerscheinung mußten wir zahlreiche Feierschichten, Betriebseinschränkungen und völlige Stillegung von Betrieben beklagen. Eine ungeheure Erwerbslosigkeit, die auf dem gesamten Wirtschaftsleben und kommunalen Leben der Provinz schwer lastete, war die Folge. Gegen alle damaligen Erwartungen hat sich in der Zwischenzeit die Lage beider Industrien wesentlich günstiger gestaltet. Das ist in erster Linie zurückzuführen auf den im Mai 1926 einsetzenden englischen Bergarbeiterstreik. Es gelang dem deutschen Bergbau, in den durch den Krieg und den Ruhrkampf verloren gegangenen und bestrittenen Absatzgebieten wieder Fuß zu fassen und langfristige Kohlenlieferungsverträge abzuschließen. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die Stabilisierung der französisch-belgischen Währung und durch erhebliche Auslandskredite, mit deren Hilfe die begonnenen Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten. Dadurch wurde

die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie

auf dem In- und Auslandsmarkte wesentlich gesteigert und der deutschen Wirtschaft neue Absatzmöglichkeit geschaffen. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Wirtschaftslage nicht nur aus den vorerwähnten rein äußeren Faktoren, sondern daß sie auch aus der Zunahme der inneren Kapitalbildung Nutzen gezogen hat.

Die Aufwärtsbewegung der Kohlen- und Eisenindustrie

mögen einige charakteristische Wirtschaftszahlen veranschaulichen. Die Förderung an Steinkohle belief sich im Monat Februar 1926 im ganzen Deutschen Reiche auf 10 611 600 To. Vom Juni 1926 ab begann dann unter Auswirkung des englischen Streikes die deutsche Produktion an Steinkohlen merklich zu steigen. Sie erreichte im Dezember mit 13 775 000 To. ihren Höchststand.

Eine noch günstigere Entwicklung zeigen die Produktionsziffern für Roheisen.

Während im Februar 1926 nur 613 000 To. Roheisen gewonnen wurden, betrug die Erzeugung im Dezember 1926 rund 1 065 000 To., im Januar 1927 rund 1 060 000 To. Ein ähnliches Bild zeigen die Ziffern unserer Rohstahlerzeugung.

Die Besserung der Konjunktur in der Kohlen- und Eisenindustrie griff nach und nach auf andere Wirtschaftszweige über und führte so insgesamt zu einer ziemlich

allgemeinen Zunahme des Beschäftigungsgrades.

So hat sich seit Mai vorigen Jahres die Entwicklung der Wirtschaftslage unserer Provinz bis heute in einer aufsteigenden Richtung bewegt und zu einer wesentlichen Konsolidierung der Verhältnisse geführt.

Dieser erfreulich aufsteigenden Entwicklung unserer Wirtschaftslage ist eine Besserung der

Arbeitsmarktlage

leider nicht in gleichem Maße gefolgt. Am günstigsten hat sich, im Hinblick auf den englischen Bergarbeiterstreik, ganz naturgemäß die Besserung der Wirtschaftslage auf dem

Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus

ausgewirkt. Der englische Bergarbeiterstreik brachte den Arbeitsmarkt im Bergbau zunächst nur sehr langsam und zögernd in Bewegung. Bei der Ungewißheit über die Dauer und die Auswirkungen des englischen Arbeitskampfes nahm der Bergbau zunächst eine abwartende Haltung ein, sodaß Neueinstellungen anfangs kaum zu verspüren waren. Immerhin hörten aber die bis dahin sehr zahlreichen Feierschichten allmählich ganz auf, und es kam sogar zu Ueberschichten. Erst vom Monat Juli ab setzte eine bedeutende

Vermehrung der Belegschaft

ein, die dann von Monat zu Monat in schwankender Stärke angehalten hat. Ende Oktober 1926 betrug die Gesamtbelegschaft bereits wieder rund 100 000 und Ende Januar 1927 bereits rund 415 000 Mann. Es ist also seit Ende Mai 1926 mit dem tiefsten Stand der Belegschaftszahl von 365 000, innerhalb von 8 Monaten, eine Vermehrung der gesamten Belegschaft des Ruhrkohlenbergbaues um rund 50 000, das sind 14 Prozent, eingetreten. Von dieser Vermehrung entfallen auf die westfälischen Zechen rund 33 000 Mann, was fast genau dem

Eins unserer modernsten Probleme ist die

Auslese der Begabten



Unsere ganze Erziehung ist in der Begabungsauslese darauf eingestellt, die Tüchtigen zu fördern, ihnen die volle Ausbildung ihrer geistigen Fähigkeiten zu gewährleisten und den Aufstieg zu ermöglichen. Die Resultate und Erfolge der Begabtheit zeigen sich auf allen Lebensgebieten. Im Reiche der Zigarette spricht sich die Begabung darin aus, daß der damit Bevorzugte einen solchen Geschmack besitzt, daß es ihm ganz unmöglich ist, in seiner Wahl fehlzugreifen, daß er genau weiß, welche Marke die seine ist. Die Marke der Prominenten-Klasse der Begabungs-Auslese ist

Greiling-Auslese zu 5 ₰

eine Zigarette, die schon in ihrem Namen ihre besondere Beziehung zur Auslese der kultivierten Raucher ankündigt. Wer diese edle und hochbekömmliche Marke raucht, liefert damit den strikten Beweis für den Höchstgrad seiner Begabung, der ihn auch in allen übrigen Lebensverhältnissen erfolgreich sein läßt.

Verhältnis des westfälischen Anteils zum rheinischen Anteil des Ruhrkohlenbergbaues entspricht. Der bergbauliche Arbeitsmarkt hat sich so gebessert, daß heute sogar an gelernten Bergarbeitern unter Tage, das sind Hauer und Lehrhauer vor Kohle, stellenweise ein gewisser Mangel herrscht, wenn auch andererseits die bedauerliche Tatsache besteht, daß

noch 13 000 arbeitsuchende Bergarbeiter

gezählt werden.

Die Arbeitsmarktlage der

westfälischen Eisenhüttenindustrie

stand zu Beginn des Jahres 1926 ebenfalls unter dem Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Depression. Im Laufe des Jahres ist indessen auch hier eine erfreuliche Besserung eingetreten. Durch die Zurückdrängung der ausländischen Konkurrenz konnte sich insbesondere das Exportgeschäft der einheimischen Hüttenindustrie in sehr erfreulicher Weise beleben, sodaß bei einzelnen Werken fast ¾ des gesamten Absatzes auf die Ausfuhr entfiel. Infolge der Besserung der Wirtschaftslage der Hüttenindustrie besserte sich im Laufe des Jahres auch die Arbeitsmarktlage dieser Industrie immer mehr. Nach Beendigung des englischen Streiks trat auch in der Hüttenindustrie wieder ein Rückschlag ein, der allerdings zum Teil durch die inzwischen erfolgte

Besserung des Inlandsmarktes

wieder aufgefangen worden ist.

Neben Bergbau und Hüttenindustrie beansprucht die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der

Metallindustrie

besondere Beachtung, da sie als verarbeitende Industrie bei voller Beschäftigung einen starken Arbeiterbedarf hat. Etwa von Mitte August 1926 ab ist auch hier eine Zunahme des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen, sodaß die Zahl der Arbeitsuchenden in der westfälischen Metallindustrie, die Mitte März 1926 mit rund 44 000 ihren Höchststand erreicht hatte, nunmehr bis Mitte Februar 1927 auf rund 24 700, d. h. um 56 Prozent, gesunken ist.

Die im Vorjahre ausgesprochene Befürchtung, daß man im Jahre 1926 mit einer im Vergleich zum Jahre 1925 erheblich

geringeren Bautätigkeit

rechnen müsse, hat sich leider bestätigt, da sowohl der private Wohnungsbau wie auch die industrielle Bautätigkeit infolge schwieriger Finanzierung in erheblichem Umfange ausfielen als auch die Neubautätigkeit durch Reich, Länder und Kommunen keinen ausreichenden Ersatz dafür bot.

Das Bild der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in den anderen Berufsgruppen gleicht im großen und ganzen dem der erwähnten Wirtschaftszweige. So hat sich z. B. in der

Textilindustrie

seit Mitte des Jahres 1926 die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage wesentlich gebessert, sodaß die bis dahin anhaltende starke Kurzarbeit fast vollständig verschwunden und der Beschäftigungsgrad gegenwärtig im allgemeinen als gut zu bezeichnen ist.

Auf einige Fragen der westfälischen Landwirtschaft werde ich zurückkommen.

Trotz der gewiß hoffnungsvollen

Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens,

wie ich sie soeben darstellen konnte, zeigen doch auf der anderen Seite die auch heute noch anhaltenden hohen Erwerbslosenziffern mit warnender Deutlichkeit, daß wir noch lange nicht über den Berg hinüber sind, daß vielmehr unsere gesamte Volkswirtschaft noch schwer zu ringen und zu leiden hat. Der englische Streik ist nach siebenmonatiger Dauer beendet und die englische Kohlenwirtschaft ist wieder in Gang gekommen. Damit ist der alte

Kampf um die Absatzmärkte

wieder aufgelebt und zwar schärfer als je zuvor. Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß England mit rücksichtsloser Zähigkeit bestrebt sein wird, den verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Dazu ist nun auch noch

die holländische Kohle

in heftige Konkurrenz gegen uns miteingetreten. Wie der Ausgang des Kampfes sein wird, ist ungewiß. Da werden wir alle in geschlossener Front zusammenstehen und alle Kraft zusammenfassen müssen, um den Kampf für die deutschen Wirtschaft erfolgreich zu bestehen. Dazu ist vor allen Dingen erforderlich, daß uns der Wirtschaftsfriede erhalten bleibt, der uns niemals notwendiger war als gerade jetzt. Möge bei den gegenwärtigen Verhandlungen über eine Reihe von Fragen des Arbeitsverhältnisses im Industriebezirk dieser verantwortungsbewußte

Verständigungswille

eine Lösung finden, die, der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auf der einen Seite und den täglichen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft auf der anderen Seite gerecht werdend, eine erfolgreiche wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit verbürgt.

Das Reich hat im vergangenen Sommer zur Belebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ein großzügiges

Arbeitsbeschaffungsprogramm

aufgestellt. Es ist mir eine gern geübte Dankespflicht, der hervorragenden Mitwirkung des so jäh aus unserer Mitte gerissenen Abgeordneten Mehlich hierbei besonders zu gedenken. Wir haben zur Entlastung des Arbeitsmarktes auf eine Reihe wichtiger Maßnahmen hingewiesen, die für unsere Provinz in Frage kommen, auf

Kanalprojekte und Eisenbahnbauten,

auf die im Bereiche der Reichsverwaltung für die nächste Zeit durchzuführenden öffentlichen Arbeiten; wir haben die Bereitstellung von Mitteln zum Bau von Landarbeiterwohnungen erbeten, um die Zurücksiedelung geeigneter Industriearbeiter auf das Land zu fördern, auf Oedlandkultivierungen und auf anderes mehr. Man mag über den Erfolg des Reichsarbeitsbeschaffungsprogramms vielleicht geteilter Meinung sein, für die Provinz Westfalen müssen wir mit Befriedigung feststellen, daß das Reich in dankenswerter Weise zur Belebung des Wirtschaftslebens unserer Provinz mitgewirkt und sein Interesse bekundet hat.

Die Kanalisierung der Weser, die der Provinziallandtag vor zwei Jahren gefordert hat, hat die Reichsregierung als notwendig und dringend anerkannt und demgemäß die Vorarbeiten zur Durchführung dieses Projektes angeordnet. Der Lippeseitenkanal auf der Strecke von Hamm bis Lippstadt, dessen Weiterführung damals ebenfalls vom Provinziallandtag befürwortet wurde, ist in Angriff genommen. Inzwischen sind zwei weitere, für unsere Provinz überaus wichtige Forderungen zur Kanalpolitik hervorgetreten, das sind die

Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanals

und der sogenannte Hansakanal.

Der Dortmund-Ems-Kanal genügt in seinen bisherigen Ausmaßen und technischen Einrichtungen durchaus nicht mehr den Bedürfnissen, die unsere westfälische Kohlen- und Eisenindustrie an diesen Kanal stellen muß. Wenn der Dortmund-Ems-Kanal konkurrenzfähig bleiben und seine Verkehrsbedeutung für den Ruhrbezirk behalten soll, ist es unbedingt erforderlich, daß seine Dimensionen und technischen Anlagen so erweitert werden, daß er einen weit größeren Schiffsraum, zum mindesten das 1350 Tonnenschiff aufnehmen kann, um den Wettbewerb mit dem Rhein und dessen viel größeren Schiffsladungen einigermaßen aufnehmen zu können. Gerade wegen dieser besseren Verfrachtungsmöglichkeit auf dem Rhein drängt die westfälische Eisenindustrie schon jetzt offensichtlich immer mehr an den Rhein heran, wodurch die Gefahr einer Abwanderung aus der Provinz Westfalen immer größer wird.

Das Reichsverkehrsministerium hat sich der großen Bedeutung dieser Frage für den Ruhrbezirk nicht verschlossen. Es hat die Dringlichkeit der Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanals grundsätzlich anerkannt und Vorarbeiten nach dieser Richtung hin bereits begonnen. Die Provinz Westfalen wird alle Bestrebungen zur Besserung der Verhältnisse des Dortmund-Ems-Kanals als äußerst

lebenswichtige Interessen unseres westfälischen Wirtschaftslebens

unterstützen und fördern müssen.

Das zweite inzwischen hervorgetretene Kanalproblem ist der Hansakanal. Von der Wirtschaft des Ruhrbezirks wird mit immer größerer Dringlichkeit eine

kürzere Verbindung zwischen dem Ruhrbezirk und den Seehäfen

gefordert. Eine kürzere und schnellere Verbindung hält insbesondere der Bergbau für dringend erforderlich, um der Ruhrkohle eine größere Konkurrenzfähigkeit mit der englischen Kohle in dem sehr umstrittenen Küstengebiet der Seehäfen zu sichern. Die Wirtschaftsgründe, die für eine kürzere und billigere Wasserverbindung zwischen dem Ruhrgebiet und der Küste sprechen, sind so schwerwiegend, daß die Provinz Westfalen auch diesem Projekt nur mit lebhaft fördernder Sympathie gegenüberstehen kann. Es kommt hierbei auch noch ein großer staatspolitischer Gesichtspunkt in Frage, nämlich die

Belebung unserer großen deutschen Ausfuhrhäfen,

namentlich Bremens und Hamburgs, die eine starke Belebung ihres Hafenverkehrs von dieser direkten Verbindung erwarten.

Nun ist Ihnen bekannt, meine Damen und Herren, daß in letzter Zeit zwischen der Reichsbahn und der Reichswasserstraßenverwaltung und demgemäß auch in der Oeffentlichkeit ein lebhafter Meinungsstreit darüber entstanden ist ob es überhaupt noch zweckmäßig ist, neue Kanäle zu bauen und ob die Wasserstraßen verkehrspolitisch überhaupt noch wirtschaftlich sind. Je nachdem, ob man mehr bahn- oder wasserstraßenpolitisch eingestellt ist, sind die Auffassungen verschieden. Die Reichsbahn behauptet, allen verkehrspolitischen Bedürfnissen der Wirtschaft nach jeder Richtung hin schneller und billiger gerecht werden zu können als die Wasserstraße und hält infolgedessen die ganze Kanalpolitik für unwirtschaftlich. Das Reichsverkehrsministerium, als Reichswasserstraßenverwaltung, ist entgegengesetzter Meinung. Zur Zeit ist man dabei, dieser Streitfrage einer objektiven Klärung näher zu bringen. Wie dieser Streit aber auch ausgehen möge: darüber sind sich alle maßgebenden Instanzen in Verwaltung, Handel, Industrie und Schiffahrt wohl einig: es denkt niemand daran, mit hohen Kosten unwirtschaftliche Bauten auszuführen, die letzten Endes keine Förderung, sondern eine Belastung der Volkswirtschaft bringen müßten. Sollte sich herausstellen, daß die Eisenbahn in Zukunft wirklich besser und billiger in der Lage wäre, das Verkehrsbedürfnis, namentlich was den Transport der Massengüter betrifft, zu befriedigen, so wäre es nicht zu verantworten, an den Bau neuer Kanäle heranzugehen. Einstweilen aber wird man gut tun, der Behauptung der Reichsbahn mit stark

zweifelnder Zurückhaltung

zu begegnen. In einem Punkte aber werden die Kanalgegner mit den Kanalfreunden übereinstimmen müssen, daß die bereits begonnenen Kanalbauten nun auch durchgeführt werden müssen, und daß die bestehenden Kanäle, ich denke hierbei an den Dortmund-Ems-Kanal, so ausgestaltet werden müssen, daß sie den erweiterten Wirtschaftsbedürfnissen auch in Zukunft genügen können. Im übrigen wäre zu wünschen, daß das Gegeneinanderwirken der obersten Verkehrsinstanzen des Reichs endlich einmal aufhören (Sehr wahr!) und daß eine einheitliche Reichsverkehrspolitik unter sachgemäßer Abgrenzung der Interessen von Eisenbahn und Schiffahrt Platz greifen möge.

Durch die Rationalisierungsmaßnahmen im Ruhrbezirk sind starke Standortsverschiebungen der Industrie eingetreten, die eine umfangreiche Umsiedlung der brach liegenden Arbeitskräfte notwendig machte. Hier aber stoßen wir auf zwei besonders schwierige Punkte, das ist

das Wohnungsproblem und das Verkehrsproblem.

Weder der Wohnungsbau noch die Verkehrsverhältnisse haben diesem notwendigen Umschichtungsprozeß in befriedigender Weise Rechnung tragen können. Es ist daher eine großzügige Lösung des Wohnungsproblems durch Schaffung von Familienwohnungen in den neuen Beschäftigungsorten und eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen vom Süden zum Norden des Ruhrgebietes dringend erforderlich. In dieser Beziehung würde die

baldige Ausführung der Eisenbahnprojekte

Bochum-Herne-Recklinghausen und Essen-Haltern besonders günstig auf die Verschiebung des Arbeitsmarktes wirken können. Mit der Durchführung eines über den Ruhrbezirk hinausgehenden Umsiedlungsprogramms, das insgesamt den

Bau von 1300 Familienwohnungen

zur Entlastung des Ruhrbezirks vorsieht, wurde begonnen.

Bezüglich der Eisenbahnprojekte darf ich mit besonderer Befriedigung hervorheben, daß in Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Arbeiten am

Bahnbau Dortmund-Münster

und Witten-Schwelm wieder aufgenommen sind. Die Vollendung dieser Strecken wird für die nächsten Jahre zu erhoffen sein.

Meine Damen und Herren! Sie werden aus den vorstehenden Darlegungen entnommen haben, welch' bedeutsame Aufgaben

das Landesarbeitsamt der Provinz

in diesen schweren Zeiten der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise zu erfüllen gehabt hat. Umsomehr ist es zu bedauern, daß dieser Verwaltungszweig nun vielleicht aus dem Organismus der Provinzialverwaltung ausscheiden soll. Es wäre dringend erwünscht, daß die Landesarbeitsämter auch bei der geplanten

selbständigen Gestaltung der Erwerbslosenversicherung

als Mittelinstanz bei den Provinzen verbleiben, wo sie durch den engen Zusammenhang und die lebendige organische Verbindung mit den Städten und Kreisen der Provinz m. E. eine bessere Grundlage für ihre Tätigkeit finden, als wenn sie zu selbständigen, von der Provinz losgelösten Einrichtungen gestaltet würden. Für das Landesarbeitsamt Westfalen darf ich mit gutem Grunde behaupten, daß es gerade in diesen letzten Jahren gut und erfolgreich im Interesse der gesamten Wirtschaft gearbeitet hat.

Im weiteren Verlauf seiner Etatsrede kam der Landeshauptmanns auf den Fehlbetrag im Haushalt zu sprechen, der in der Hauptsache durch die Anleiheablösungsschuld eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahre aufweise. Landeshauptmann Dieckmann berührte die Wohlfahrtsfragen, die Kulturbedürfnisse der Provinz den Straßenbau, die Gasfernversorgung, die Frage der Zusammenarbeit mit dem Ruhrsiedlungsverband, die Betätigung der Landesbank, die Oedlandkultivierungen durch die Provinz, die verheerende Wirkung der Maul- und Klauenseuche, die Möglichkeit der Ablegung eines landwirtschaftlichen Vorexamens und die Einrichtung einer technischen Fakultät an der Universität Münster. Auf all diese Fragen kommen wir morgen ausführlich zurück.

Nach Beendigung der Etatsrede schloß Präsident Hamm die Sitzung um 4,20 Uhr.

Bilanz der Leipziger Messe.

Das Ausland kauft wieder mehr.

Aus Leipzig wird geschrieben: Die Leipziger Frühjahrsmesse 1927 war die erste Veranstaltung dieser Art, die zeitlich nach den langen Jahren der Depression mit der Erholung unseres Wirtschaftslebens zusammenfiel. Da die Messe als Wirtschaftsbarometer eine besondere Bedeutung hat, bildet das Ergebnis der Frühjahrsmesse gleichsam einen Prüfstein über Größe, Ausdehnung und Beständigkeit unserer nach oben zeigenden Konjunktur. Wenn nun nicht alle Aussteller mit dem Erfolge zufrieden sind, wenn wieder andere trotz zufriedenstellender Ergebnisse größere Abschlüsse erwartet hatten, so berechtigt das in keiner Weise pessimistische Rückschlüsse auf unser gesamtes Wirtschaftsleben zu machen, vielmehr entspricht dieser langsame Aufschwung des Messegeschäftes durchaus der langsamen Besserung unserer allgemeinen Wirtschaftslage. Man darf eben auch im Wirtschaftsleben keine Wunder erwarten, sondern muß nüchtern wägen, sich der langsam aufsteigenden Konjunkturkurve anpassen und danach handeln. Dementsprechend wies das Inlandsgeschäft noch immer Zeichen der fehlenden Kaufkraft der breiten Massen auf, es wurde zwar allgemein viel schneller und viel mehr gekauft als auf der Herbstmesse, aber doch noch im Vergleich zu Friedenszeiten zögernd und meist Waren in billiger Preislage. Luxusartikel und Waren höchster Qualität begegneten im Inlande noch immer schleppendem Absatz. Aber wir glauben kaum, daß es einen Aussteller gegeben hat, der sich nicht im voraus dieser Marktlage bewußt gewesen wäre. Der große Trumpf, und nicht nur in Deutschland, ist eben, solange die Folgen des Weltkrieges noch nicht restlos überwunden sind, billige Massenware, die durch Rationalisierungsmaßnahmen trotz niedrigsten Preises Qualität aufweisen muß.

Das Erfreulichste, von allen Ausstellern uneingeschränkt anerkannt, ist, daß das Ausland in gesteigertem Maße sich wieder als Käufer auf dem deutschen Markt einfindet. Rein äußerlich trat dies auf der diesjährigen Frühjahrsmesse schon dadurch zutage, daß mit 25 000 ausländischen Einkäufern eine Rekordbesucherzahl erreicht wurde. Dies ist auch der große und entscheidende Vorteil der Leipziger Messen, daß sie als wahrhafte internationale Großmustermessen eine der wertvollsten Mittel sind, um den deutschen Export zu fördern. Durch die intensive Propagandatätigkeit des Leipziger Messeamts im Auslande gerade in den letzten Jahren ist das Ansehen der Leipziger Messen als internationale Musterschauen noch bedeutend gesteigert worden. Bedenkt man, daß der deutsche Export sich ungefähr zu beinahe 70 Prozent aus Fertigwaren zusammensetzt, daß aber diese gewaltige Summe zusammenkommt aus Tausenden von Kanälen gerade kleinen und kleinsten Umfanges, so kann man erst so recht die Bedeutung der Leipziger Messe als exportfördernde Veranstaltung verstehen lernen. Es ist eine Kollektivpropaganda größten Stiles und für viele überhaupt das einzige Mittel, um mit dem Auslande, d. h. also mit dem Weltmarkt, in persönliche Fühlungnahme zu kommen. Wie sehr das Ausland an der Leipziger Messe interessiert ist, geht auch daraus hervor, daß das Berliner diplomatische Korps der Messe einen Besuch abstattete, bei dem nicht weniger als 35 ausländische Staaten durch Abgesandte vertreten waren.

Einen großen Aufschwung konnte das Exportgeschäft auch dadurch nehmen, daß Länder wie Holland und die nordischen Staaten, die infolge des Valutadumpings Frankreichs, Belgiens und Italiens zeitweise als Käufer ganz in Wegfall kamen, wieder als starke Käufer deutscher Fertigwaren auftraten. Dazu kommt, daß die deutsche Industrie in ernster Arbeit erreicht hat, auf fast sämtlichen Gebieten im Preis und Qualität voll konkurrenzfähig mit dem Auslande zu sein. Wenn man einzelne Teile herausgreifen will, so hat besonders erfreulich die Textil-Messe abgeschnitten, die auch infolge des flotten Geschäftsganges ihre Ausstellungsdauer um einen Tag verlängerte. Besonders gut verkauften sich Gardinen aller Art, ein Zeichen, daß auch wieder mehr gebaut wird. Die sogenannte „Siedlungsgardine" aus besonders preiswertem, praktischem und dauerhaftem Stoff wurde in großen Posten von England gekauft, so daß die Gardinenfabriken auf Monate hinaus volle Beschäftigung melden können. Das größte Interesse des Auslandes konzentrierte sich auf die technische Messe, die in ihrem imposanten Aufbau eine Messestadt für sich bildet. Größtes Interesse herrschte hier für elektrische Artikel aller Art, für Rundfunkgerät und für optische Waren. Hier waren auch die meisten Neuigkeiten zu sehen, so daß das Ausland auf gedrängtem Raum einen großartigen Ueberblick über die glänzenden Leistungen der deutschen Technik gewinnen konnte. Gutes Exportgeschäft melden auch die Spielwaren-Aussteller, die als die ältesten Beschicker der Leipziger Messe traditionell die hauptsächlichsten Abschlüsse für das Jahr in Leipzig tätigen. Das deutschen Spielzeug, das Weltruf genießt, aber teilweise nach dem Kriege durch die japanische und amerikanische Konkurrenz aus alten Absatzgebieten verdrängt wurde, beginnt sich wieder seinen Platz an der Sonne zurückzuerobern. Die Leipziger Messe ist zugleich die größte Schau von Verbesserungen und Neuheiten, die sich in der letzten Zeit ergeben haben. So kommen viele Besucher nur deshalb zur Leipziger Messe, um Anregungen zu erhalten und um nichts zu versäumen, wodurch ihr Betrieb rentabler gehandhabt werden könne. Das Hauptgebiet für Neuheiten ist selbstverständlich die technische Messe, auf der auch diesmal wieder zahlreiche wichtige Neuerungen zu sehen waren. Großes Aufsehen erregten die neuen Modelle von Oelmotoren, die die Deutschen Werke in Kiel hergestellt haben. Weiter sind zu erwähnen Kachelöfen für elektrische Heizung, ein elektrischer Kochapparat, der zugleich als Kocher und Heizsonne zu verwerten ist, die verbesserten Luftdruckwerkzeuge der Deutschen Präzisionswerkzeug A.-G. in Hamburg, neuartige Elektrokarren, die für jeden Zweck besonders konstruierbar sind. Auf all diese Neuheiten und noch viele andere, die alle einzeln aufzuführen zu weit gehen würde, sind schon zahlreiche Abschlüsse zustandegekommen und zahlreiche Nachfragen laufen, die das Interesse des Auslandes beweisen.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß der Inlandabsatz, wenn er auch noch vieles zu wünschen übrig läßt, doch die langsame Besserung unserer gesamten Wirtschaftslage deutlich erkennen läßt. Und weiter, daß der Export und das Interesse des Auslandes für deutsche Waren sich in erfreulichem Maße gehoben hat, das uns zu der Hoffnung berechtigt, daß unsere Wirtschaft sich auf dem richtigen Wege befindet.

Verantwortlich für den Hauptteil für Politik: Chefredakteur Dr. Karl Mater, Dortmund; für Feuilleton: Jos. Hom; für den provinziellen und vermischten Teil: Fritz Overdiun, Dortmund; für den allgemeinen Inseratenteil: J. Sidora, Münster i. W. Druck: „Reno" Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland, G. m. b. H., Münster.

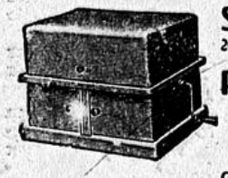
Geschäftliches.

Wohltätigkeits-Lotterien im März und April.

Ende März (24. und 25.) findet die Ziehung der großen Wohlfahrtslotterie für die Krüppel- und Pflegeanstalt Angerburg statt.

Die Lotterie hat Gewinne im Gesamtwerte von 120 000 Mk. der Hauptgewinn beträgt 60 000 Mk. Einige Tage später ist die Ziehung der Marienkirchenlotterie in Hannover. Auch sie hat Gewinne im Gesamtwerte von 160 000 Mk. und der Hauptgewinn beträgt ebenfalls 60 000 Mk. im günstigsten Falle.

Wer dem Glücke die Hand bieten will und ein gutes Werk dazu, bestelle sofort ein Glücksortiment: 1 Wohlfahrtslos und 2 Marienkirchenlose zu 7,60 Mk. mit Porto und Liste, ehe die Lose vergriffen, bei der Lotteriebank E. Vendel, G. m. b. H., Münster i. W., per Nachnahme oder Voreinsendung. Siehe auch Inserat.



Sprechapparate in einfacher Ausführung von 20.— Mk. an. Alleinvertretung der beiden besten Marken **Electrola, Resonaphon.** **Platten** alle Marken Electrola Columbia Grammophon. Parlophon. Odeon usw. Größtes Grammophon- und Plattenlager hier am Platze.
Musikhaus Fritz Riesenbeck, Glaspassage Münster i. W. Tel. 1338

Ziehung 24. u. 25. März **Wohlfahrts-Lotterie** zugunsten der Krüppel- u. Pflegeanstalt Bethesda in Angerburg. 1 Los 3.— 6351 Gewinne u. 1 Prämie im Gesamtw. von 120000.— 60000.— 50000.— 10000.— usw
Glückbrief 1 Wohlfahrts-Los 2 Marienk.-Doppel-Lose Mk 7.—. oder 1 Wohlfahrts-Los 1 Doppellos b. Marienk. Mk. 5.— (Porto und Liste für jede Lotterie 30 Pfg extra.) — Für auswärtige Spieler Versand unter Nachnahme od. gegen Voreinsendung per Postanweisung.
Glückskollekte E. Vendel G.m.b.H., Münster i. W., Salzstraße 57

nächste Ziehung **Marienkirchen-** Doppel- 9 Einzellos Mk 2 Einzellos Mk 1 18122 Gew. u. 6 Prämien 160000.— Höchstgewinn. Doppellos 60000.— Höchstgewinn. Einzellos 30000.— 2 Hauptgewinne 20000.— 2 Prämien 10000.— u.m.

Gardinen-Zentrale Münster, Rothenburg 18 Anerkannt gute Bezugsquelle für **Gardinen** aller Art, **Dekorationen, Rohstoffe,** b1684 **Bettdecken usw.** Wiederverkäufer Engros-Preise!

Schaufensterbau Ladeneinrichtungen

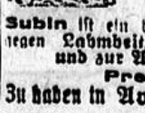


L. H. Christenhusz Spezial-Fabrik **Münster i. W.** Fernr. 760, Goldstr. 1, (am Hörsterplatz) Verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch.

Sächsische Bettfedern v. Bettenfabrik Paul Hoyer, Delitzsch 48, Provinz Sachsen — Angerstr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten vm 050

Bettfedern und Inletts bedeutend billiger (zu Fabrikpreisen) Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei.

Kesselasche Schlackenstand, sowie sämtliche Bau- und Wegebaustoffe, liefert frachtgünstig zu billigsten Preisen. b1099
Heinrich Dalhoff, Hiltrup i. W. Fernruf 22 und 61



Subin ist ein bewährtes Mittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche und zur Anregung der Freßlust. Preis 1,25 Mark. Zu haben in Apotheken u. Drogerien.



Erstklassige **Pianos** von nur alten renommierten Fabriken kaufen Sie äußerst billig beim Fachmann bs36) im **Musikhaus Fritz Riesenbeck Münster i. W.,** Glaspassage.

Heimarbeit vergibt W. Holfter Breslau Hb.

Bad Dürrheim Badischer Schwarzwald 1:: 7—800 Meter ü. M. Höchstgelegenes **Solbad** Europas **Luftkurort - Heilerfolge** der Sole mit Höhenluft und Höhensonne unübertroffen. 2 staatliche Solbäder, alle medizinischen Bäder und Inhalationen. 1600 Betten in Hotels, Pensionen, Kinderheimen und Kuranstalten. — Kurmusik. — Herrliche Waldungen. Bereitwilligst Prospekte durch a3102 **Kur- und Verkehrs-Verein.**

Neo-Ballistol-Klever-Armeeöl D. R.-Pat. Oesterr. Pat. ist zugleich Waffenöl, Rostschutzöl, Wundöl, Schmieröl, Lederöl, desinficiens Tötet sofort alle Bazillen und heilt deren Folgekrankheiten! Unentbehrlich für Mensch, Tier, Pflanze Weltliteratur gratis und franko. In Waffengeschäften, Apotheken, Drogerien, landwirtschaftlichen Geschäften sonst von Fabrik **Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.**